

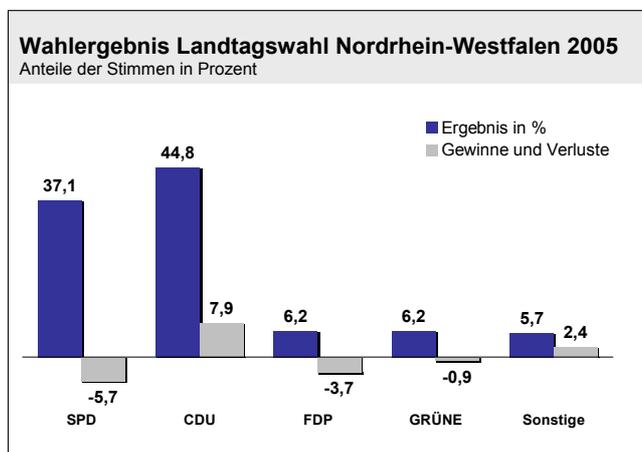
# Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

22. Mai 2005

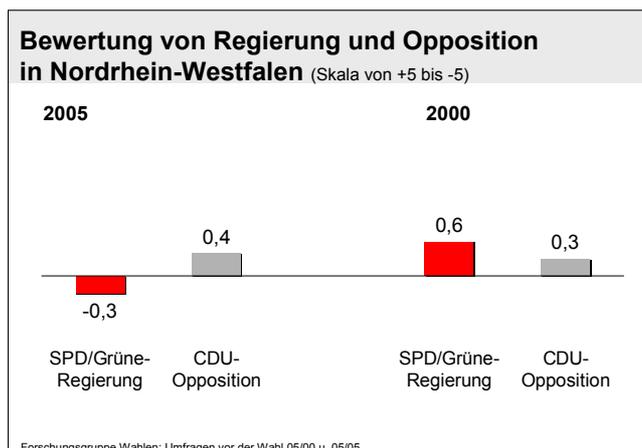


## Nach dem Scheitern in NRW: Rot-grünes Modell vor dem Aus?

Nach zehn verlustreichen Landtagswahlen in Folge bereitet die SPD-Niederlage in Nordrhein-Westfalen den Weg für vorgezogene Bundestagswahlen. Die CDU gewinnt fast acht Prozentpunkte hinzu und wird mit 44,8 Prozent nach 30 Jahren wieder stärkste Partei. Die SPD fällt mit 37,1 Prozent auf ihr schlechtestes Ergebnis seit 1954. Verlierer der Wahl sind aber auch mit jeweils 6,2 Prozent die FDP und die Grünen. Die Grünen sind damit in keinem Bundesland mehr in der Regierung vertreten.



Neben hoher Unzufriedenheit mit Rot-Grün in Berlin und einem für die CDU günstigen Bundestrend liegen die Ursachen für das Ergebnis auch in NRW selbst. Sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung werden mit jeweils minus 0,3 auf der +5/-5-Skala negativ bewertet. Die Beurteilung der SPD in der Landesregierung fällt mit 0,1 jetzt wesentlich schlechter aus als vor fünf Jahren (1,3). Die Oppositionsarbeit der CDU wird mit 0,4 leicht besser als 2000 (0,3) eingestuft.

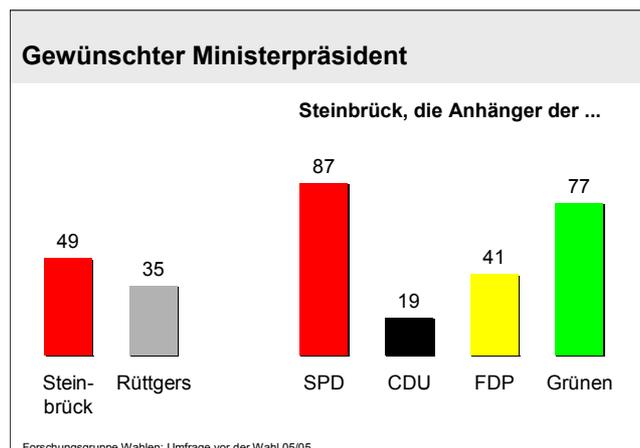


### Parteikompetenzen:

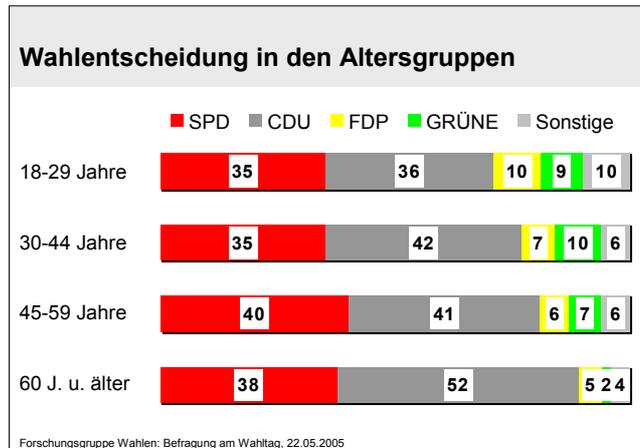
	SPD	CDU	keine	w.n.
Arbeitsmarkt	18 %	38 %	29 %	8 %
Wirtschaft	22 %	37 %	26 %	10 %
Finanzen	17 %	39 %	25 %	13 %
Schule/Bildung	28 %	41 %	7 %	14 %
Familie	34 %	32 %	8 %	14 %
Verkehr	21 %	27 %	12 %	25 %
Zukunft allgemein	26 %	37 %	18 %	12 %

Auch die Wirtschaftslage wird nun erheblich pessimistischer eingeschätzt als vor der letzten Landtagswahl: Nur noch 14 Prozent der Befragten (2000: 49 Prozent) glauben, dass es mit der Konjunktur aufwärts geht, 34 Prozent befürchten eine negative Entwicklung (2000: 15 Prozent) und die Hälfte erwartet keine Veränderungen (2000: 32 Prozent). Um NRW bei seinen wichtigsten Problemen, Arbeitslosigkeit und Bildung, voranzubringen, setzen die Wahlberechtigten maßgeblich auf die CDU. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze trauen jetzt 38 Prozent der CDU (2000: 23 Prozent), aber nur noch 18 Prozent (2000: 43 Prozent) der SPD zu. Auch im Bereich Schule und Bildung hat die CDU nun mit 41 Prozent einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor der SPD mit 28 Prozent.

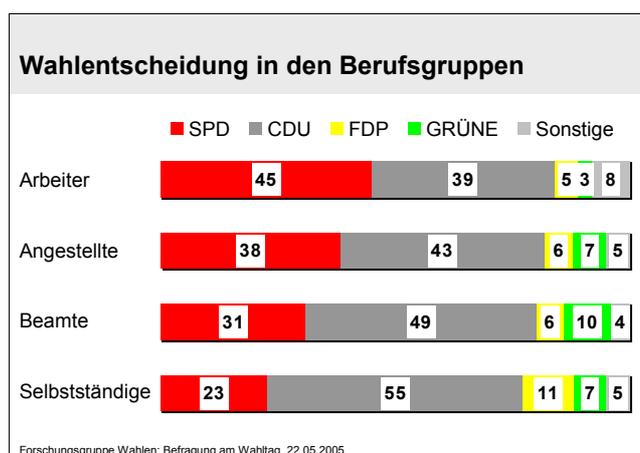
Die Kompetenzeinbußen der SPD, die fehlende Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung sowie die schlechte Regierungsbilanz konnte auch der SPD-Spitzenkandidat nicht ausgleichen, selbst wenn 63 Prozent dem Ministerpräsidenten eine gute Arbeit bescheinigen.



ten. Bei allen persönlichen wie politischen Führungseigenschaften liegt Peer Steinbrück klar vor dem CDU-Kandidaten Jürgen Rüttgers, den nur 35 Prozent als Ministerpräsidenten favorisierten, 49 Prozent wünschten sich Peer Steinbrück als Regierungschef.



Die Verluste für die SPD fallen bei den Arbeitern und bei den Arbeitslosen mit minus 11 Punkten doppelt so hoch aus wie in der Gesamtheit, auch wenn sie in beiden Gruppen stärkste Partei bleibt. Zwar scheidet sie bei ihrer Stammklientel, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, mit 61 Prozent weit überdurchschnittlich ab, aber auch hier verliert die SPD 11 Punkte. Die CDU gewinnt dagegen bei den Arbeitern und Arbeitslosen jeweils 9 Punkte sowie bei den Arbeitern mit Gewerkschaftsmitgliedschaft 7 Prozentpunkte hinzu. Die CDU wird in allen Altersgruppen stärkste Kraft: Ihre höchsten Gewinne hat sie bei den 30- bis 45-Jährigen (plus 12), wo sie jetzt auf 42 Prozent kommt, bei den über 60-Jährigen erreicht sie mit 52 Prozent hier ihr bestes Ergebnis (plus 5).



NRW war auch ein Test der Wirksamkeit der Kapitalismuskritik. Offensichtlich hat dieser Rückgriff auf eine traditionellere SPD-Programmatik die Partei jedoch wesentlich mehr überzeugt als die Wähler: Nicht einmal jeder Fünfte glaubte an eine Stärkung der SPD durch die Kapitalismuskritik, 21 Prozent erwarteten dadurch eher einen Schaden und die meisten (32 Prozent) meinten, dass diese kaum Wirkung auf das SPD-Wahlergebnis hatte (nichts davon gehört: 26 Prozent). Selbst bei den SPD-Anhängern waren nur 27 Prozent von einer Stärkung der SPD durch die Kapitalismuskritik ausgegangen. Die Wähler interessiert weniger, warum es so viele Arbeitslose in Deutschland gibt, wichtig ist ihnen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und dies wird zur Zeit eher der Union zugetraut. Nach Meinung von 42 Prozent der Befragten in NRW ist jetzt kein Richtungswechsel der SPD notwendig, 24 Prozent meinen, es sei für die SPD besser, wenn sie sich mehr nach links orientiert, 19 Prozent plädieren für einen Kurswechsel eher nach rechts (weiß nicht: 15 Prozent).

Auch wenn eine Landtagswahl immer eine Landtagswahl bleibt, sind die Parallelen zum Bund nicht zu übersehen: Wie im Bund ging es in NRW um das Überleben des rot-grünen Regierungsmodells. Hier wie dort ist die Bevölkerung unzufrieden mit der Arbeit der jeweiligen Regierung und sowohl in Düsseldorf als auch in Berlin wird der SPD in allen politischen Schlüsselfeldern weniger zugetraut als der Union.

Angesichts der verheerenden Quittung, die Rot-Grün in NRW dafür erhalten hat, scheint es auf den ersten Blick sehr mutig, Neuwahlen anzustreben. Offensichtlich geht es nach dem Verlust des sozialdemokratischen Stammlands dabei aber mehr darum, eine existenzbedrohende Richtungsauseinandersetzung innerhalb der SPD durch den Zwang zur Geschlossenheit vor einer Bundestagswahl zu verhindern. Ob diese Rechnung aufgeht, werden die nächsten Wochen zeigen. Zweifel sind angebracht, ob dieser Schachzug die Kritiker von Schröders Modernisierungskurs ein weiteres Mal disziplinieren kann.

(Mannheim, 23.05.2005)

**Herausgeber:** Forschungsgruppe Wahlen e.V.  
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199  
Internet: [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de) E-Mail: [info@forschungsgruppe.de](mailto:info@forschungsgruppe.de)

Weitere Grafiken und Berichte zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen finden Sie auch im Web unter: <http://www.heute.de>. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 27.05.05 im Anschluss an das „heute-journal“. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter der Adresse [Bestellung@forschungsgruppe.de](mailto:Bestellung@forschungsgruppe.de) für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.